

B90/DIE GRÜNEN, UFERSTRASSE 5, 58313 HERDECKE

An die
Vorsitzende des
Rates der Stadt Herdecke
Frau Dr. Strauss-Köster
Rathaus
58313 Herdecke

Uferstraße 5
58313 Herdecke
Tel: +49 (02330) 3536
Fax: +49 (02330) 129130
ov@gruene-herdecke.de

Ratsfraktion Herdecke
Andreas Disselnkötter
(Fraktionsvorsitzender)

Herdecke, den 24.09.2020

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

gemäß der Geschäftsordnung des Herdecker Rates beantragen wir hiermit im Namen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Rat der Stadt Herdecke den folgenden **Tagesordnungspunkt** in die Tagesordnung der Ratssitzung am 3.11.2020 aufzunehmen:

Verantwortung übernehmen – Solidarität zeigen: Beitritt der Stadt Herdecke zum Bündnis „Seebrücke“

Zu diesem Tagesordnungspunkt stellen wir den folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Herdecke beschließt:

Herdecke bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg oder Verfolgung ihre Heimat verlassen mussten

Die Stadt Herdecke

- 1. erklärt sich mit Menschen auf der Flucht und den Zielen der Seebrücke solidarisch;**
- 2. tritt dem Bündnis „Seebrücke“ bei und wird „Sicherer Hafen“;**
- 3. erklärt sich bereit, Flüchtlinge aus dem Lager Moria und aus Seenot gerettete Menschen nach den Möglichkeiten der Kommune in vertretbarem Maße und über etwaige Zuweisungen hinaus aufzunehmen und unterzubringen.**

Bankverbindung:

Bank: Stadtparkasse Herdecke, IBAN DE57450514850009019589, BIC WELADED 1 HER
www.gruene-Herdecke.de

4. bittet die Bürgermeisterin in einem Brief an die Bundeskanzlerin deutlich zu machen, dass auch Herdecke im Rahmen seiner Möglichkeiten bereit ist, freiwillig Flüchtlinge von Rettungsschiffen aufzunehmen.

Begründung:

Die zivilgesellschaftliche parteiunabhängige Initiative „Seebrücke“ protestiert bereits seit einiger Zeit gegen das Sterben Unschuldiger im Mittelmeer und die Kriminalisierung von Seenotrettung. Immer wieder gibt es Fälle, in denen Menschen aus dem Meer gerettet werden, aber Häfen in Malta oder Italien die Einfahrt nicht zulassen. Mehr als 1.500 Menschen sind allein seit Januar 2019 im Mittelmeer ertrunken, die Dunkelziffer ist nach Berichten neutraler Beobachter deutlich höher. Eine europäische Lösung dieser katastrophalen Menschenrechtssituation ist nicht in Sicht.

Wir beantragen daher, dass die Stadt Herdecke und die Bürgermeisterin sich dem Appell der Städte Heidelberg, Bonn, Düsseldorf, Berlin, Freiburg und Köln, Wetter usw. anschließen, der fordert, dass es intensive politische Anstrengungen geben muss, um die katastrophale Situation im Mittelmeer zu lösen, bis es eine europäische Gesamtlösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration von Geflüchteten gibt.

Unser Beschlussvorschlag ergibt sich aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Maßstab allen Handelns verpflichtet alle deutschen Bürgerinnen und Bürger, in der Verantwortung vor Gott und den Menschen dem Frieden der Welt zu dienen. Daraus ergibt sich das Recht aller Menschen auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Artikel 2) und weiterhin das Gebot, dass niemand auf Grund seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. (Artikel 3)

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Sarah R. Gerigk

Andreas Disselinkötter

und Fraktion